

Stetige Förderpolitik nötig

KLIMASCHUTZ Wenn es der Bundesregierung ernst ist mit Energiewende, muss sie die Mittel für die Gebäudesanierung deutlich erhöhen.

Zurzeit wird jährlich etwa ein Prozent des Wohnungsbestandes energetisch saniert. Das ist zu wenig. Im Zuge der Energiewende bzw. zur Realisierung ihrer Klimaschutzziele will die Bundesregierung die Sanierungsquote verdoppeln. Dass dies ohne eine deutliche Aufstockung der öffentlichen Fördermittel, zum Beispiel für das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm, nicht realistisch ist, scheint die Bundesregierung aber nicht zu verstehen.

Um die gewünschten Sanierungsziele zu erreichen, sind nicht nur nach Ansicht des Deutschen Mieterbundes, sondern auch nach Meinung der dena, der Deutschen Energie-Agentur, an der die Bundesministerien für Wirtschaft, Umwelt und Bau beteiligt sind, mindestens fünf Milliarden jährlich an Fördermitteln nötig. Im Jahr 2009 standen 2,2 Milliarden Euro zur Verfügung, in den beiden darauffolgenden Jahren jeweils nur rund eine Milliarde Euro. Nach langem Hin und Her hat die Bundesregierung dann für 2012 und die Folgejahre beschlossen, 1,5 Milliarden Euro für die CO₂-Gebäudesanierung auszugeben. Auf einer Pressekonzferenz zum Energiekonzept der Bundesregierung mit Bundeskanzle-

AUSSENANSICHT



LUKAS SIEBENKOTTEN

Der Autor ist Direktor des Deutschen Mieterbundes.

rin Angela Merkel, Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler und Bundesumweltminister Norbert Röttgen erklärte Bundesbauminister Peter Ramsauer blumig, er freue sich sehr, dass nach den Verunsicherungen der Haushaltsverhandlungen der letzten Jahre nunmehr in den kommenden Jahren eine verlässliche Summe von jährlich 1,5 Milliarden Euro zur Verfügung stehe. Er habe immer darauf hingewiesen, dass wir hier eine Verstetigung brauchen. Diese Finanzmittel könne man nicht ein Jahr hoch-, und dann wieder herunter-, und dann wieder hochfahren. Das brauche Kontinuität.

Kontinuität und Verlässlichkeit sehen allerdings anders aus. Denn aus einer Antwort der Bundesregierung Ende Januar auf eine Anfrage der Grünen-Bundestagsabgeordneten Daniela Wagner folgt, dass in diesem Jahr nur 900 Millionen Euro für das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm zur Verfügung stehen und nicht die angekündigten 1,5 Milliarden Euro. Weitere

Zuweisungen beziehungsweise Finanzmittel gibt es nur in Abhängigkeit von der weiteren Preisentwicklung der CO₂-Zertifikate.

Für mich droht deshalb die von der Bundesregierung vollmundig angekündigte Energiewende jetzt zu scheitern, bevor sie überhaupt in Gang gekommen ist. Ohne umfassende öffentliche Förderungen sind energetische Sanierungen im Wohnungsbestand nicht finanzierbar, sind darauf resultierende Mieterhöhungen für Mieter nicht bezahlbar. Wenn statt der geforderten fünf Milliarden Euro oder den ursprünglich zugesagten 1,5 Milliarden Euro jährlich jetzt nur noch 900 Millionen Euro übrig bleiben, kann das nur das Aus für die energiepolitischen und Klimaschutzziele der Bundesregierung bedeuten.

Es ist ein Unding, dass auf diesem wichtigen Politikfeld die Bundesregierung mit immer neuen Ankündigungen, Versprechungen, dann wieder Korrekturen und Streichungen Wohnungswirtschaft und Mieter gleichermaßen verunsichert. Wir brauchen verlässliche Rahmenbedingungen und eine verstetigte Förderpolitik in den nächsten Jahren. Wenn es der Bundesregierung ernst ist mit Energiewende und Klimaschutz, dann darf sie die Mittel für die Gebäudesanierung nicht kürzen, sie muss sie deutlich erhöhen.

→ Die Außenansicht gibt die subjektive Meinung des Autors wieder und nicht unbedingt die der Redaktion.